

Hans Zwiefelhofer SJ

Kirche in El Salvador

Noch vor wenigen Jahren schien Zentralamerika zu schlafen: Panama, Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala – „Bananenstaaten“ in der Landenge zwischen Mexiko und Kolumbien, Monopolproduzenten verschiedener Agrargüter, Brücke zwischen Atlantik und Pazifik, dominiert von den Vereinigten Staaten seit der Ausschaltung des englischen Einflusses im vorigen Jahrhundert. Aber in jüngster Zeit rückte Zentralamerika in den Mittelpunkt des Weltinteresses: Der Rückfall El Salvadors in eine repressive Militärdiktatur nach den Wahlen vom Februar 1977, der Abschluß des neuen Panamakanal-Vertrages, die unaufhörlichen Unruhen in Guatemala und schließlich die blutigen Auseinandersetzungen um die Somoza-Diktatur in Nicaragua erregten internationale Aufmerksamkeit.

In Mittelamerika steht heute für Carter die Glaubwürdigkeit seiner Menschenrechtspolitik auf dem Spiel. Die ökonomische Dominanz der USA zeigt sich am deutlichsten bei einer Reise durch diese Region: Die Währungen zweier Länder sind dem US-Dollar völlig gleichgeschaltet und gleichgestellt (Quetzal in Guatemala und Balboa in Panama), und der überwiegende Großteil der Gebrauchs- und Luxusgegenstände trägt das Markenzeichen „made in USA“. Auf politischer Ebene zeigt sich die Vorherrschaft der USA in dem Einfluß, den sie – häufig über multinationale Konzerne – auf die Regierungen der zentralamerikanischen Staaten ausüben.

Noch sichtbarer jedoch wirkt die Macht der Vereinigten Staaten im militärischen Bereich. Das US-Militär spielte in Mittelamerika bei politischen Entscheidungen schon immer eine große Rolle: 1903 leisteten Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten der von ihnen inszenierten Sezession Panamas von Kolumbien Rückendeckung; Nicaragua war mit Unterbrechungen von 1903 bis 1933 von den „Marines“ besetzt; 1954 waren die USA direkt beim Putsch gegen die sozialreformerische Regierung Guzman Arbenz in Guatemala beteiligt und 1965 verhinderte nur der Einsatz von US-Truppen in der Dominikanischen Republik die Rückkehr der zwei Jahre zuvor gestürzten Regierung Bosch und die Entstehung eines nationalen Befreiungskampfs. Auch die innere Struktur der Panama-Kanalzone mit 14 Militärbasen und der berühmten „Escuela de las Americas“ sowie die 1963 erfolgte Konstituierung des „Zentralamerikanischen Verteidigungsrats“ (CONDECA), der mit dem „US-Southern Command“ in Panama aufs engste zusammenarbeitet, bezeugen diese militärische

Dominanz der USA in Mittelamerika. Der Grund dafür liegt in der strategischen Bedeutung dieser Region durch die geographische Lage sowohl in ökonomischer als auch in militärischer Hinsicht, zu einem guten Teil aber auch in der Vorherrschaft jener US- oder multinationalen Unternehmen, die auf einem traditionellen kolonialistischen Ausbeutungssystem basieren. Diese Unternehmen stehen in bester Beziehung zum Pentagon, das sich nach Kräften um die Wahrung seiner Interessen in Zentralamerika bemüht.

Hierin liegt auch ein wesentlicher Grund der Widerstände, die das US-Verteidigungsministerium der Lateinamerika-Politik von Präsident Carter entgegenbringt. Während das Weiße Haus in Lateinamerika auf die allmähliche Rückkehr zu formal-demokratischen Regierungssystemen drängt und in dieser Haltung von den modernen, anpassungsfähigeren Wirtschaftssektoren unterstützt wird, vertritt der Pentagon-Flügel eine harte, Carters Menschenrechtspolitik ablehnende Linie. Nicht zuletzt deswegen ist Carters Lateinamerika-Politik in dieser Region den Beweis ihrer Glaubwürdigkeit schuldig geblieben. Trotz offenkundiger Verletzungen der Menschenrechte und brutaler Massaker an der Zivilbevölkerung – El Salvador Ende Februar 1977, Guatemala Mai 1978, Nicaragua September 1978 – halten sich die Proteste aus Washington in höflichen Grenzen. Gleichzeitig scheint immer deutlicher zu werden, daß ein entschlossenes Engagement der Vereinigten Staaten zur Respektierung der Menschenrechte binnen kürzester Zeit jede Diktatur Lateinamerikas zu Fall bringen könnte.

In diesen Monaten ziehen die vom Bürgerkrieg in Nicaragua ausgelösten politischen Erschütterungen wie gefährliche Wellen eines Erdbebens ihre Kreise auf dem amerikanischen Kontinent; wieder einmal erweist sich, daß die schmale Landbrücke zwischen Mexiko und Kolumbien ein viel zu sensibler und spannungsreicher Krisenherd geworden ist, als daß die zögernd und zu spät von Washington errichteten Dämme eine Lokalisierung des Konflikts hätten bewirken können. Die gleiche Angst vor der Domino-Mechanik, die Washington bis zum peinlichen Bankrott in Vietnam festgehalten hatte, bindet die USA nun an die Tyrannei Somozas; denn wenn der Diktator schließlich zu Fall gebracht sein wird, kann niemand mehr die landlosen Campesinos von Honduras, El Salvador und Guatemala davon abhalten, auch ihrerseits nach sandinistischer Manier Befreiung aus dem Elend zu suchen. Mittelamerika ist in Bewegung geraten, und ein Blick auf die Ereignisse und ihre Hintergründe in El Salvador kann zeigen, daß diese Bewegung immer mehr die Form einer „institutionalisierten Gewaltanwendung“ (Zweite Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe, Medellín 1968) angenommen hat.

Kirche in Bedrängnis

Mit Datum vom 26. Mai 1977 erreichte die katholische Zeitschrift „Orientierung“ in der Schweiz ein Hilferuf aus dem „Land des Erlösers“ – El Salvador –, in dem es heißt: „Zusammen mit dem Weihbischof von San Salvador, Arturo Rivera Damas, sehen wir, mehrere Priester, Ordensleute und Katechisten, uns wie gejagte Tiere verfolgt. Wir schlafen außerhalb unserer Häuser. Bischof Rivera hält sich versteckt; er hat formelle Todesdrohungen erhalten. In den Wohnquartieren der Hauptstadt wurde wiederum ein Flugblatt verteilt, auf dem es wörtlich heißt: ‚Tu etwas für Dein Vaterland, töte einen Priester!‘ Wir bitten die öffentliche Meinung der Welt, kirchliche Gremien, Zeitungen, Zeitschriften und alle, die mit den Medien zu tun haben, angesichts der entfesselten Verbrechen und der Gesetzlosigkeit auf Mäßigung hinzuwirken.“ Während einer vollen Stunde läuteten am 13. März 1977 alle Glocken des Landes zum Zeichen der Trauer und des Protests. Am Tag zuvor hatten Schüsse den Jesuitenpater Rutilio Grande Garcia niedergestreckt und getötet, unmittelbar bevor er die Eucharistie feiern wollte; ein alter Bauer und ein 15jähriger Junge wurden dabei ebenfalls ermordet. P. Rutilio Grande war Pfarrer von Aquilares und bekannt wegen seines unerschütterlichen Einsatzes für die Rechte der armen Landarbeiter. Eine ultrarechte Organisation der Landbesitzer hat die Verantwortung für die Bluttat übernommen.

Doch dieser Mord war nur die Spitze eines Eisbergs. Schon 1976 wurden auf die Jesuitenuniversität in der Hauptstadt San Salvador sechs Bomben geworfen, ebenfalls von einer ultrarechten Organisation. Anfang 1977 wurden zwei Priester, einer aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und ein Belgier, des Landes verwiesen wegen angeblich subversiver Tätigkeit. Im Februar desselben Jahres war dann der kolumbianische Priester Mario Bernal an der Reihe; auch er mußte das Land verlassen. Diese Ausweisung benutzte P. Rutilio Grande zu einer zwar tief religiösen, aber doch deutlichen Predigt gegen die Ungerechtigkeiten in El Salvador. Er sagte am 13. Februar 1977 in Apopa:

„Ich fürchte sehr, meine lieben Brüder und Freunde, daß die Bibel und das Evangelium bald vor unseren Grenzen haltmachen müssen, weil jede ihrer Seiten subversiv ist, gegen die Sünde natürlich. Ich warne vor der Lawine importierter Schlagwörter und Slogans von Freiheit des Kultes, die hier ausgerufen werden. Freiheit des Kultes, um uns zu einem falschen Gott zu führen; Freiheit des Kultes, um uns zu einem Gott zu führen, welcher in den Wolken in einer Hängematte sitzt; Freiheit des Kultes, die uns einen Christus präsentiert, welcher nicht der wahre Christus ist! Es ist falsch und schlimm! Sehr fürchte ich, Brüder, daß, wenn Jesus von Nazaret zurückkehrte, und, wie in jener Zeit, von Galiläa nach Judäa hinunterzöge, d. h., so wage ich zu sagen, von Chalatenango nach San Salvador, daß er in diesem Moment mit seinen Predigten und seinen Werken nicht bis Apopa käme. Ich glaube, er würde aufgehalten auf der Höhe von Guazapa. Dort würde er festgenommen und in den Kerker geworfen ... Wir würden ihn vor manches hohe Gericht bringen als Verfassungsbrecher und Subversiven. Der Gott-Mensch, der Prototyp des Menschen, er würde der Revolution angeklagt. Als ausländischer

Jude, als Ränkeschmied, wegen fremder exotischer Ideen gegen die Demokratie, d. h. gegen die Minderheit im Land. Gottesfeindlicher Ideen würden sie ihn bezichtigen, weil sie ein Clan von Kains sind. Ohne Zweifel, meine Brüder, würden sie ihn wieder kreuzigen.“

Mit dieser Predigt hatte P. Rutilio Grande sein eigenes Todesurteil unterschrieben; vier Wochen danach war er ermordet. Am 11. Mai 1977 wurde der Diözesanpriester Alfonso Navarro, ebenfalls zusammen mit einem jungen Helfer, in San Salvador umgebracht. Mitte Juni desselben Jahres wurden alle im Land lebenden Jesuiten mit dem Tod bedroht, und zwar wiederum durch eine rechtsextreme Gruppe, die sich „Union Guerrera blanca“ nennt. Die Jesuiten wurden aufgefordert, sofort das Land zu verlassen. Insgesamt waren 25 Priester in der einen oder anderen Weise von der Verfolgung betroffen, wodurch sich die harten und ungerechten Lebensbedingungen der Campesinos im Land noch verschlimmert haben.

In der Tat haben sich Repression und Terror in El Salvador in den vergangenen Jahren zunehmend verschärft: November 1974 – sechs Bauern ermordet und viele verwundet in dem Dorf La Cayetana; Frühjahr 1975 – fünf Bauern und ein kleiner Junge mit Maschinengewehren erschossen in dem Dorf Tres Calles; Juli 1975 – zahlreiche Studenten getötet oder verschwunden in den Straßen von San Salvador; Frühjahr 1977 – etwa 400 Tote bei einer Protestkundgebung im Anschluß an die durch Fälschungen zustande gekommene Wahl des Generals Carlos Humberto Romero (Partido de Conciliación Nacional) auf der Plaza de Libertad in San Salvador; Mai 1977 – 15 Tote, unzählige Verhaftungen, Überfälle, Zwangsräumungen, Vertreibungen in El Paisnal und Aguilares; Februar/März 1978 – 192 Verhaftungen aufgrund zunehmender Radikalisierung, besonders unter der ländlichen Bevölkerung; Terroranschläge aus Protest gegen den Ausschluß der Opposition (Union Nacional Opositora) bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zum Abgeordnetenhaus; zehn Tote, 42 Verletzte und acht Verschwundene, als die Polizei das Feuer auf eine Gruppe von Campesinos eröffnet, die dem Präsidenten der Bank für landwirtschaftliche Entwicklung in der Hauptstadt eine Petition überreichen wollen; Karwoche 1978 – sechs Tote, 14 Verletzte, unzählige Verschwundene, Plünderungen, Brandstiftungen und Vertreibungen in der Region San Pedro Perulapán. Am 30. Juni 1978 veröffentlichte die „Secretaria de Comunicación Social“ des Erzbischofs von San Salvador eine Liste von 99 Personen, die als „Verschwundene“ gelten müssen, d. h. von Organen der öffentlichen Gewalt verhaftet wurden, jedoch nie vor Gericht gestellt worden sind, so daß der Verdacht besteht, daß sie entweder noch im Gefängnis festgehalten werden oder aber inzwischen ermordet worden sind.

Wegen der zahlreichen verbalen und tatsächlichen Angriffe gegen Mitglieder der Hierarchie und des Klerus sowie gegen Laien, die sich für die Verkündigung des Evangeliums engagieren, muß die gegenwärtige Situation der Kirche

als „Verfolgung“ bezeichnet werden. Man verfolgt die Priester, die ihr Leben und Arbeiten den Armen und Ärmsten der Armen widmen, und die Bischöfe, die diesen pastoralen Einsatz fördern und verteidigen. Zwar bezweifeln Präsident und Militärregierung sowie einflußreiche Kreise der Wirtschaft und Verwaltung und natürlich auch die verschiedenen rechtsextremen paramilitärischen Organisationen, daß es sich um eine Verfolgungssituation der Kirche handelt, doch sprechen die Fakten der zahlreichen Ermordungen, Entführungen, Verhaftungen, Folterungen und Ausweisungen sowie die nahezu täglichen Terroranschläge, Überfälle, Drohungen und Pressekampagnen für sich. Zudem ist es bezeichnend, daß die Militärregierung eher bereit war, auf die Waffenhilfe der USA zu verzichten als einer internationalen Menschenrechtskommission den Zugang zum Land zu gestatten. Die wachsende Mobilisierung und Organisation der Bevölkerung, auch und gerade der Campesinos innerhalb weniger Jahre, wird vom herrschenden Regime und System als ernste Bedrohung erkannt. Und jener Teil der Kirche, der sich um diese Selbsthilfe der breiten Bevölkerung bemühte, mußte zum Staatsfeind werden.

Die Bauern und Landarbeiter sind in El Salvador im wesentlichen in den (verbotenen) Gewerkschaftsverbänden UTC (Unión de Trabajadores del Campo) und FECCAS (Federación Cristiana de Campesinos Salvadoreños) organisiert, die beide von der katholischen Kirche unterstützt werden. Ihre Mitgliederzahl geht bereits in die Tausende. 1975 schlossen sich die beiden Verbände mit einer weiteren Bauerngewerkschaft, einer Lehrgewerkschaft und drei Studentenorganisationen zum „Bloque Popular Revolucionario“ zusammen; seither kämpfen sie gemeinsam für Senkung der Pachtzinsen, bessere Sozialleistungen und Lohnerhöhungen, aber auch für die Freilassung von politischen Gefangenen. Die Verbindung zwischen diesen Organisationen und Teilen der Hierarchie und des Klerus, besonders von Ordensleuten, ist der unmittelbare Anlaß für die Verdächtigung, Anklage und Verfolgung von Klerikern von seiten der Militärregierung und der Polizei als „subversive Elemente des Kommunismus“. Die internationale öffentliche Meinung hat die Jesuiten El Salvadors und andere Priester, wohl auch den Erzbischof von San Salvador, vor dem gewaltsamen Tod bzw. der Vertreibung aus dem Land gerettet. Aber dieser Schutz der internationalen Welt erreicht die einfachen Bauern, Landarbeiter, Katechisten und Ordensschwwestern nicht. Auf sie konzentriert sich die zunehmende Repression und Verfolgung in offener oder klandestiner Form.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation El Salvadors

El Salvador ist eines der kleinsten und dichtbesiedeltsten Länder Lateinamerikas: 4 092 000 Einwohner auf 21 000 km². Ein großer Teil der Bevöl-

kerung ist hoffnungslos arm, ohne hinreichendes Einkommen, ohne ärztliche Versorgung, ohne Möglichkeit der Erziehung. Die Kindersterblichkeit und die Unterernährung überschreiten die tragbaren Grenzen. Trotz Industrialisierung ist die Landwirtschaft die Basis der Produktion; mehr als 60% der Bevölkerung sind von diesem Sektor abhängig. Das System des Landbesitzes und der Einkommensverteilung verursacht eine extreme soziale Ungleichheit: 57% des bebaubaren Bodens ist Eigentum von 1,9% der Bevölkerung, 21,9% des Bodens ist verteilt auf 21,04% der Einwohner. Auf 86% der in der Landwirtschaft Beschäftigten entfallen nur 24% des landwirtschaftlichen Einkommens, während 2% der entsprechenden Bevölkerung über 46% des Einkommens verfügen. Die wirtschaftliche Macht liegt in Händen einiger weniger Familien mit Interessen in allen Wirtschaftssektoren, in der öffentlichen Verwaltung und im Bankenwesen. Neben der hohen Arbeitslosigkeit stellt die Unterbeschäftigung ein schweres Problem dar: nur 37% der in der Landwirtschaft Beschäftigten sind ganzjährig beschäftigt, 14% während neun Monaten, 19% während sechs Monaten und 30% nur für zwei bis drei Monate im Jahr. Die Einkommen der Landarbeiter sind in den Jahren 1971 bis 1975 gesunken, während die Preise für Grundnahrungsmittel kräftig stiegen.

El Salvador zeigt seit einigen Jahrzehnten eine große politische Unstabilität. Der letzte zivile Präsident wurde im Jahr 1931 durch einen Militärputsch gestürzt. Es gab verschiedentlich neue Wahlen, jedoch gewannen die Kandidaten des Militärs immer. Am 20. Februar 1977 ging der Kandidat der Regierungspartei (Partido de Conciliación Nacional), General Carlos Humberto Romero, als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Von der Opposition und von breiten Kreisen der Bevölkerung wurde ihm Wahlbetrug vorgeworfen. Die Folge waren Streiks, Proteste, Demonstrationen und politische Versammlungen. Am 28. Februar 1977 erklärte die Regierung den Ausnahmezustand über das Land, der bis zum Juni desselben Jahres von der gesetzgebenden Versammlung, die nur aus Mitgliedern der Regierungspartei besteht, verlängert wurde. Die zunehmende Verengung des politischen Spielraums und die Schwierigkeiten der Campesinos, sich legal zu organisieren, schufen eine soziale und politische Situation der Ungerechtigkeit und der innenpolitischen Gefährdung. Der traditionelle Weg der Teilnahme der Bürger des Landes am öffentlichen Leben bestand in den politischen Parteien und in den Wahlen; noch 1972 gingen 70% der Wahlberechtigten zu den Urnen. Diese demokratische Grundgesinnung wurde schrittweise zerstört, nicht ohne schwerwiegende Folgen für das ganze Land. Die politischen Parteien stießen auf wachsende Schwierigkeiten bei der Teilnahme an den Wahlen, die Bürger beteiligten sich immer weniger an Wahlen und die allgemeine Meinung im Volk wuchs, daß Wahlen unglaublich geworden seien und der Wille des Volkes nicht mehr respektiert werde.

Die wachsende und von großem Mißtrauen begleitete Kluft zwischen regier-

tem Volk und repressiver Militärregierung, verbunden mit der Unmöglichkeit eines Dialogs mit den wirtschaftlich Mächtigen, erklären das verbreitete Entstehen populärer Organisationen, besonders auf dem Land. Neben den von der Regierung anerkannten Vereinigungen entstanden auch andere ohne offizielle juristische Person, die aber auch Ausdruck des Volkswillens waren. Das Recht auf freie Vereinigung ist in der Staatsverfassung El Salvadors garantiert, wird aber von der Regierung den Landarbeitern und Campesinos verweigert, während die mächtigen Landbesitzer, die Industriellen, die Bankiers und die Großhändler die volle Möglichkeit haben, legal anerkannte Vereinigungen und Organisationen zu gründen. Die Organisationen des Volkes, besonders der Campesinos, kämpfen um bessere Löhne, um geringere Pacht für ihr Land, größere soziale Sicherheit usw. Es geht ihnen um die existenznotwendigen und vitalen Bedürfnisse des Volkes und der Landbevölkerung, für viele um das bloße Überleben breiter Bevölkerungskreise. Die Unterdrückung und Erfolglosigkeit der Initiativen des Volkes führten unvermeidlich zu einer immer bedrohlicher werdenden Polarisierung zwischen der privilegierten Minderheit und den unbefriedigten Grundbedürfnissen der Mehrheit. Hinzu kam, daß das Agrarreform-Gesetz im Jahr 1975 zuungunsten der Campesinos „reformiert“ wurde, um dann ein Jahr später auf Druck der Großgrundbesitzer und Wirtschaftsführer praktisch vollständig widerrufen zu werden.

In den Jahren 1977 und 1978 erhielt die internationale Juristenkommission zahlreiche Mitteilungen über Hunderte von Verletzungen der in der Verfassung garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten. Opfer solcher Verletzungen waren besonders Arbeiterführer, Campesinos, Arbeiter, Funktionäre von Organisationen, Männer wie Frauen. Die schlimmsten Formen der Repression geschahen und geschehen auf dem Land. Militär, Polizei, Vertreter privater paramilitärischer Organisationen, besonders von „Orden“, unternahmen „Inspecciones“ und „Ocupación Comando“, die zu Erschießungen, Verhaftungen, Zerstörungen von Häusern, Feldern und Vieh sowie zur Entführung von Menschen, auch von Minderjährigen und Frauen, führten. Immer regelmäßiger wurden solche Unternehmungen die Antwort auf Streiks, Landnahmen, Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Die Spirale der Gewalt erhielt neue Impulse, als das „Gesetz zur Verteidigung und Sicherung der öffentlichen Ordnung“ am 25. November 1977 in Kraft trat. Dieses Gesetz hat das Land nicht befriedet, sondern wirkte bisher als legale, aber ungerechte Waffe der Repression und des Terrors. Für politische Parteien und unabhängige populäre Organisationen erscheint die Gewaltanwendung als einziger Ausweg; denn das genannte Gesetz, das die Bauernbewegung mit dem Terrorismus identifiziert, legalisiert die Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernbewegung in El Salvador.

Gleichzeitig verschlechterte sich die materielle Lage breiter Volksschichten.

Da die letzte Kaffee-Ernte außergewöhnlich schlecht und die Pflückzeit viel kürzer als in normalen Jahren ausfiel, verfügen die landlosen Bauern nicht über genug Geld, um den Pachtzins für ein kleines Grundstück aufzubringen. Da alle legitimen Möglichkeiten der Selbstverteidigung von der Regierung unterdrückt wurden, sind die Besitzlosen praktisch zu einer Radikalisierung gezwungen. Die Campesinos El Salvadors neigen nicht zur Gewalt, ebenso wenig wie die schmale Arbeiterschicht und die Bewohner der Elendsviertel. Aber die Verzweiflung aussichtsloser Lebensbedingungen – 75 Prozent der Bevölkerung verfügt über ein Pro-Kopf-Einkommen von nur 80 Pfennig pro Tag, die chronische Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung liegt bei 50 Prozent, gut die Hälfte der gesamten Bevölkerung lebt in Notbehausungen, und der Analphabetismus erreicht in den meisten ländlichen Gegenden über 50 Prozent – läßt befürchten, daß sich, unabhängig von irgendwelchen konspirativen Ideen oder Einflüssen aus dem Ausland, die „institutionalisierte Gewaltanwendung“ noch verschärfen wird. Wenige Monate vor dem Ablauf seiner Präsidentschaftsperiode gestand der frühere Staatspräsident von El Salvador, Oberst Arturo Molina, daß „nur ein Blinder die unmenschlichen Bedingungen nicht sehen könnte, in denen die Mehrheit unserer Bauern gelebt hat und immer noch lebt“ (Ansprache vom 3. Juli 1976).

Kirche und Menschenrechte

An jedem Sonntagmorgen wartet das Volk El Salvadors auf die einzige freie und ermutigende Stimme im Land – auf die Predigt des Erzbischofs Oscar A. Romero in der Kathedrale der Hauptstadt San Salvador, die über den bischöflichen Sender in das ganze Land ausgestrahlt wird. Das Programm dieses Senders, die Wochenzeitung „Orientacion“ und das Informations-Bulletin des Erzbischofs gehören zu den ganz wenigen Organen, die die Verhältnisse im Land und insbesondere die ständigen Menschenrechtsverletzungen offen aussprechen. Noch vor wenigen Jahren hätte niemand vermutet, daß Erzbischof Romero, ein eher stiller und zurückhaltender, konservativer und gar nicht „politischer“ Seelsorger, zur glaubwürdigsten Stimme der katholischen Kirche des Landes werden würde. In kraftvoller Sprache und geschliffener Feder verkündet er nichts anderes als das Evangelium und die in diesem Evangelium Jesu Christi enthaltene Botschaft von der Würde des Menschen, von der Gerechtigkeit und vom Frieden in der menschlichen Gesellschaft.

Trotz aller Anschuldigungen, Drohungen und Pressekampagnen läßt sich der Erzbischof nicht davon abbringen, die Ereignisse in El Salvador im Licht des Evangeliums zu deuten und auch die Namen derer zu nennen, die der Repression und dem Terror zum Opfer fielen. In der durchweg emotionalisierten und

polarisierten Atmosphäre kann es nicht ausbleiben, daß Romero auch Angriffen kirchlicher Kreise, ja sogar von seiten einiger seiner bischöflichen Mitbrüder ausgesetzt ist. Freilich, das Komitee der Mütter und Familienangehörigen politischer Gefangener und Verschwundener nennt ihn in einem öffentlichen Aufruf vom Mai 1978 „das Beispiel eines gerechten und würdigen Mannes“, „einen geistlichen Führer“, „einen beispielhaften Menschen, der die Furcht überwindet und die Sendung erfüllt, die ihm sein katholischer Glaube und seine Nächstenliebe auferlegt“; „die Tätigkeit und die Handlungsweise dieses Hirten sind eine authentische Praxis der Lehre Christi“. Der Erzbischof schreckte nicht davor zurück, im April/Mai 1978 dem Obersten Gerichtshof eine Reihe von Versäumnissen und Gesetzwidrigkeiten vorzuwerfen. Ohne Rücksicht auf seine eigene Sicherheit machte er sich zum Sprecher des verarmten und rechtlosen Volkes und reklamierte die in der Menschenrechtserklärung, in der Staatsverfassung und im Evangelium verankerten Rechte und Pflichten der Menschen und der gesellschaftlichen Organe: „Was tut der Oberste Gerichtshof, wo ist seine über allen stehende Rolle in der Demokratie? . . . In meiner Eigenschaft als Hirte des Volkes, das Ungerechtigkeit erleidet, glaube ich das Recht zu haben, Anklage zu erheben!“

Der Erzbischof arbeitet eng mit den Jesuiten zusammen, deren ernsthaftester Versuch, sich mit dem unterdrückten Volk zu identifizieren, das Pastoralwerk von Aguilares ist. Dieses Dorf liegt 30 km nördlich von San Salvador, inmitten ausgedehnter Zuckerrohrfelder, die ebenso wie die drei Mühlen der Zone zum Imperium der Großgrundbesitzer Orellana, De Sola, Nottebohn und Co. gehören. Die Kleinbauern rackern sich ab, um das Nötigste für ihren eigenen Lebensunterhalt aus den wenigen, gepachteten Grundstücken herauszuholen, die noch nicht von der Zuckerwirtschaft beschlagnahmt wurden.

Dieses Gebiet wählte der Jesuit Rutilio Grande, der hier zur Welt gekommen war und seine Kindheit verbracht hatte, Ende 1972 zusammen mit einigen Mitbrüdern aus, um „eine Gemeinschaft von Brüdern zu gründen, die sich verpflichtet haben, eine neue Welt ohne Unterdrücker und ohne Unterdrückte zu errichten“. Rutilio Grande stellte fest, daß das bescheidene Agrarreform-Gesetz, das große Unterstützung durch die von den Jesuiten geleitete „Universidad Centroamericana José Simeón Cañas“ erhalten hatte, in Aguilares zur Farce erniedrigt wurde. Im übrigen fand er hohe Geburten- und Sterberaten sowie viele zerrüttete Ehen vor. Die notleidende Bevölkerung fügte sich resigniert in ihr Schicksal, ohne jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Machismo, Alkoholismus, Prostitution, Kriminalität und halb magische, halb traditionell katholische Glaubenspraxis ergänzten das soziale Bild von Aguilares und seiner Umgebung, wo 33 000 Personen leben.

Rutilio Grande besuchte einen Kanton (Weiler) nach dem anderen. Überall blieb er 14 Tage, schlief in den primitiven Hütten der Bauern, aß mit ihnen,

hörte ihre Klagen an und las mit ihnen die Heilige Schrift. „Einen Prozeß anlaufen lassen, bei dem drei Dimensionen gleichermaßen entfaltet und integriert werden: Evangelisierung, Gemeinschaft, Leader. Genauestens darauf achten, daß keines dieser drei Elemente hinter den anderen beiden zurückbleibt oder auf deren Kosten zu schnell wächst.“ Die Leader sollten „keine Prediger, sondern Anreger sein, die zusammen mit den übrigen die Wahrheit, Einheit, Aktion und Organisation suchen“.

Rutilios Tätigkeit im Sinn des Evangeliums weckte die Bauern von Aguilares. Sie lernten, die Bibel in ihre eigene Wirklichkeit und ihren eigenen Alltag zu übersetzen. Sie fingen an, eben entdeckte Fähigkeiten – Ideen formulieren und debattieren, Initiative ergreifen, als Gruppe auftreten – in einer gewerkschaftlichen Organisation (FECCAS – Verband christlicher Bauern von El Salvador) anzuwenden, die 1964 gegründet worden war, aber seither kaum Leben entwickelt hatte. Sie entdeckten also ein Instrument, um legitime Forderungen zu erheben und für deren Erfüllung zu kämpfen. Rutilio Grande schrieb: „Ich werde versuchen, sie als Christen zu erleuchten, damit ihre Handlungen mit den Werten der Schrift vereinbar seien.“ FECCAS wurde größer und stärker. Der Funke sprang von Aguilares auf andere Regionen der kleinen Republik über. Die Bauern verbrüdeten sich mit den Arbeitern der christlichen UTC-Gewerkschaft. Großgrundbesitzer, Privatunternehmer und Offiziere wurden aufmerksam. Sie zögerten nicht, Rutilio und seine Mitbrüder und Mitarbeiter als Aufwiegler zu bezeichnen. Am 12. März 1977 wurde Rutilio ermordet.

Immer deutlicher wird die Organisation der Bauern und Landarbeiter zur Kernfrage in der Auseinandersetzung um die Menschenrechte in El Salvador. Deswegen schrieb Oscar A. Romero (Erzbischof von San Salvador) zusammen mit Bischof Arturo Rivera Damas (Santiago de Maria) im August 1978 einen Hirtenbrief zum Thema „Kirche und politische Organisationen des Volkes“, in dem die im Land herrschende Diskriminierung bestimmter Organisationen „von unten“, die extreme Ungleichheit der Bürger im Bereich der politischen Partizipation und die gewalttätige Konfrontation zwischen den Organisationen des Volkes zum Anlaß genommen werden, um aus der Eigenart der Kirche und ihrem Dienstauftrag für das Volk konkrete Folgerungen für die Verhältnisse in El Salvador abzuleiten: „Der Glaube muß die politische Aktion inspirieren, ohne mit dieser verwechselt zu werden.“

Kirche und Ideologie der nationalen Sicherheit

Spätestens mit der Proklamation des „Gesetzes zur Verteidigung und zur Sicherheit der öffentlichen Ordnung“ (November 1977), durch das wichtige Teile der Staatsverfassung bezüglich fundamentaler Rechte und Freiheiten der

Bürger außer Kraft gesetzt wurden, reihte sich El Salvador mit Deutlichkeit in die Gruppe jener von Militärs regierten lateinamerikanischen Staaten ein, deren Politik auf der Staatslehre der „nationalen Sicherheit“ gründet. Trotz Unterschieden in der Lehre und auch in der praktisch-politischen Verwirklichung je nach Situation eines Landes und je nach Eigenart einer Militärregierung zeigt die neue Staatslehre der nationalen Sicherheit einige gemeinsame Grundsätze und Merkmale. Ihrem Wesen nach ist sie eine Militärdoktrin, eine Wissenschaft vom Krieg, stark durchsetzt mit Ideen der Geopolitik und als Grundsatz- und Aktionsprogramm auf alle Sektoren der Gesellschaft ausgedehnt. Angestrebt wird eine Organisation des Staats, der Wirtschaft und der Kultur nach dem Modell der militärischen Organisation; dabei spielen Ziele des Kriegs, der inneren Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung eine weitaus größere Rolle als die Befriedigung der Grundbedürfnisse der verarmten Massen. Grundsätze und Maßnahmen für alle Bereiche der Politik, einschließlich Kultur, Erziehung und Religion werden in Form einer „totalen Strategie“ von der Forderung nach einem „totalen Krieg“ abgeleitet.

Ausgangspunkt für diesen totalen Krieg ist der Antagonismus zwischen dem internationalen Marxismus-Leninismus, verstanden als einheitlicher und monolithischer Block, und den nichtkommunistischen Ländern des Westens, verstanden als Gegenblock im Kampf gegen die kommunistische Welt. Alle sozialen Konflikte werden interpretiert als Folge dieses einzigen Antagonismus unserer Welt. Der totale Krieg hat als äußeren Feind den Marxismus; der innere Feind innerhalb jeder Nation sind mit dem Marxismus in Verbindung zu sehende weltanschauliche Ideen bestimmter Bevölkerungskreise sowie die Ansprüche und Erwartungen des Volkes und seiner Basisorganisationen hinsichtlich des Wandels gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Strukturen.

Aus der „totalen Strategie“ – Aktionsprogramm für alle gesellschaftlichen Bereiche – entstand die Politik der nationalen Sicherheit. Die Macht üben die Militärs aus; das Volk nimmt nicht teil, weil ihm eine „Gesamtschau“ der Geschichte fehlt. Zum „Militär“ gehören auch alle Sicherheitsorgane, Geheimdienste und paramilitärische Organisationen. Bürger und Institutionen werden vom Staat gelenkt und sind ihm passiv untergeordnet; er legt die sozialen Rollen und Aktivitäten fest und kontrolliert sie. Der Staat ist die politische Einheit der historischen Bestandteile der Nation: Tradition, Bräuche, Sprache, Ideen, Territorium, Ausdrucksformen und Orientierungen, einig durch die Solidarität im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, eine Suprastruktur in Händen der Militärs, die als nationale Elite die Erwartungen, Bedürfnisse und Interessen der Bürger interpretieren und so die nationalen Ziele wie Sicherheit, Wirtschaftswachstum, internationales Prestige, territoriale Integrität entwerfen. Der Durchsetzung der „nationalen Politik“, die durch natürliche Gewalten, aber auch durch Menschen und durch Staaten behindert wird, dient die „natio-

nale Strategie“, die Teil der totalen Strategie im Rahmen des totalen Kriegs ist. Alleiniger Träger der nationalen Gewalt ist das Militär, als nationale Nahziele gelten Entwicklung und Sicherheit. Entwicklung wird als Hauptfaktor der Macht gesehen, deren Erreichung eine Strategie voraussetzt, die nationale Sicherheit garantieren soll. „Entwicklung ist ein Aspekt des totalen Kriegs“ (Villegas, Gurgel).

Die Ideologie der nationalen Sicherheit versteht Kirche und Religion als „religiöse Macht“, als Faktor der Macht in der Totalstrategie gegen innere und äußere Feinde des Staats, als integraler Faktor der nationalen Macht. Religion und Kirche erhalten diese Interpretation nicht wegen ihres Inhalts, sondern wegen ihrer kulturellen und rituellen Symbole. Sie sind Symbole des christlichen Westens, die die Kraft in sich tragen, zum Kampf gegen den Kommunismus zu motivieren. Die westliche Kultur ist zutiefst verbunden mit christlichen Symbolen; sie müssen benutzt und kultiviert werden, jedoch sorgsam abstrahiert vom Glaubensinhalt, denn Glaube ist Privatsache des Individuums und deswegen strategisch nicht interessant.

Regime der nationalen Sicherheit suchen die Zusammenarbeit mit der Kirche; sie gehen davon aus, daß der Kommunismus der gemeinsame und schlimmste Feind von Staat und Kirche ist. Die Kirche soll dem Staat bei der ideologischen Kampagne gegen den Kommunismus helfen; der Staat garantiert dafür der Kirche die eigene Sicherheit. Das Regime benötigt eine traditionelle christliche Sprache, um der Bevölkerung seine Ziele nahezubringen. Der Staat erweckt beim Volk den Eindruck, daß die christliche Sprache auch seine Sprache ist. Deswegen werden Worte wie Gott und Allmächtiger viel benutzt; andere Worte und Symbole werden religiös fundiert. Oft trifft man die Trias „Gott – Vaterland – Freiheit“; sie soll den Staat, das Regime und die Verhältnisse religiös immunisieren. Um die Zusammenarbeit mit der Kirche zu erreichen, gewährt der Staat der Kirche einige Sicherheiten und Privilegien: Freiheit des Kultes, Garantie katholischer Erziehung, Militärbischöfe und -pfarrer, Zensur von Veröffentlichungen, Subventionen für kirchliche Werke, Beteiligung von Priestern in Ministerien, öffentliches Lob für Bischöfe und Teilnahme der Militärs an Gottesdiensten. Dafür erwartet der Staat von der Kirche die aktive Beteiligung am Kampf gegen den Kommunismus und die Absegnung aller Unternehmungen der Militärdiktatur. Die Kirche soll eine dem Militär analoge Rolle spielen: Die Bevölkerung unter Kontrolle halten und für nationale Ziele kämpfen.

In dem Maß, in dem die lateinamerikanische Kirche sich für die Armen, für die Menschenrechte der Indios und Landarbeiter und für sozialen Wandel aussprach und engagierte, stellte sie die Staatslehre der nationalen Sicherheit in Theorie und Praxis in Frage: der Konflikt mit den Militärdiktaturen ist unvermeidlich. Nach der Konzeption des Zweiten Vatikanischen Konzils und der

Bischofskonferenz von Medellin (1968) geht es der Kirche um das Heil des ganzen Menschen, um die ganzheitliche menschliche Entwicklung, um die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft. Die Kirche verkündet das Heil im umfassenden Sinn – als Volk Gottes, als Zeichen, als Gemeinschaft, als Anwalt der Armen. Nach Meinung der Vertreter der nationalen Sicherheit ist diese nachkonziliare Kirche antichristlich, weil marxistische Prinzipien und kommunistische Elemente in sie eingedrungen seien. Getreu den Prinzipien der nationalen Sicherheit wird die Institution Kirche respektiert, aber ihre Sendung wird angegriffen und behindert, vor allem indem man einzelne Bischöfe, Priester, Ordensschwwestern und Katechisten terrorisiert und beseitigt, vor allem aber jene verfolgt, die vornehmlich Adressaten der Sendung und Sorge der Kirche sind.

Eine Reihe von lateinamerikanischen Bischofskonferenzen hat sich deutlich gegen die Ideologie der nationalen Sicherheit und ihre konkrete politische Praxis ausgesprochen:

„Sicherheit darf kein Privileg für Systeme, Klassen und Parteien sein. Vielmehr stellt sie eine Verantwortung des Staats im Dienst aller dar. Deshalb darf sie keine Grundrechte opfern, um damit Sonderinteressen zu garantieren. Sicherheit als Gut einer Nation ist unvereinbar mit der ständigen Unsicherheit, in der das Volk lebt. Diese wird aktuell angesichts willkürlicher Unterdrückungsmaßnahmen, gegen die niemand sich zu verteidigen vermag, angesichts von Zwangsinternierungen, unerklärtem Verschwinden von Personen, entwürdigenden Prozessen und Verhören, Gewalttaten, die skrupellose Terroristen mir nichts dir nichts im geheimen verüben, und angesichts der Tatsache, daß derartige Verbrechen häufig fast gänzlich ungestraft bleiben. Wenn Sicherheit aber zum Privileg eines Systems würde, würde sie zur letzten Quelle des Rechts und könnte im eigenen Interesse dieses Systems juristische Normen schaffen, verändern und aufheben. So würde sich eine gefährliche Entfernung zwischen Staat und Nation ergeben und dann auch vergrößern zwischen einem Staat, der sich mit einem System identifiziert, und einer Nation, die in nichts mitbestimmen kann oder deren Mitbestimmung allenfalls in dem Maß toleriert wird, in dem sie zur Stärkung des Systems dient. Eine solche Entfernung ist immer die Ursache für alle totalitären Regime von links oder rechts, die ihrerseits eine Negation sowohl des Gemeinwohls als auch aller christlichen Grundsätze darstellen“ (Brasilianische Bischofskonferenz, Februar 1977). – „Deshalb darf keine Theorie über die allgemeine Sicherheit, so wichtig diese auch ist, die Rechte der Person zerstören; denn die soziale Ordnung und ihre Entwicklung haben sich, ebenso wie die Ordnung der Dinge, der Ordnung der Personen zu unterstellen und nicht umgekehrt“ (Argentinische Bischofskonferenz, Mai 1977). – „Die repressive Gewaltanwendung von seiten des Staats ist wirkliche Gewaltanwendung und ist ungerecht, denn dadurch verteidigt der Staat – vor allem andern und kraft seiner institutionellen Macht – die Dauerhaftigkeit des existierenden sozioökonomischen und politischen Systems und verhindert jede wirkliche Möglichkeit für das Volk, als letztes Subjekt des politischen Willens sein Recht auf Selbstregierung zu gebrauchen und einen neuen institutionellen Weg auf die Gerechtigkeit hin zu finden“ (Oscar A. Romero, Erzbischof von San Salvador).